

Sachdokumentation:

Signatur: DS 5045

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/5045



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

NEIN zur grünen Utopie mit explodierenden Preisen!

Überparteiliche Allianz bekämpft die utopische Umweltverantwortungsinitiative

Am 9. Februar 2025 entscheidet das Stimmvolk über ein utopisches, teures und verantwortungsloses Öko-Korsett der Grünen. Die Initiative führt zu explodierenden Preisen, radikalem Konsumverzicht und einschneidendem Wohlstandsverlust. Die Kaufkraft sinkt massiv und trifft die sozial Schwächsten. Schweizerinnen und Schweizer sind gezwungen, ihren Lebens-, Ferien- und Freizeitstil zu ändern, anders zu wohnen, zu essen und zu reisen.

Eine überparteiliche Allianz, bestehend aus FDP, Die Mitte und SVP stellt sich dieser Verarmungsinitiative entgegen. Die NEIN-Allianz hält die Umwelt-Initiative für utopisch, unsinnig und unverantwortlich.

Utopische Forderung, unverantwortlicher Zeitplan

Die Initiative der Jungen Grünen verlangt, dass die Schweiz innerhalb von 10 Jahren ihre Umweltbelastung gesamthaft um rund 67 Prozent reduziert. Dieser Zeitplan ist utopisch und unverantwortlich. Und er ist völlig unnötig, weil es der Schweiz gelungen ist, das Wirtschaftswachstum vom Ressourcenverbrauch zu entkoppeln. Zudem ist das Ziel bereits in Artikel 73 der Bundesverfassung verankert. Der Ehrgeiz und die Anstrengungen zur Reduktion des Schadstoffausstosses und des Ressourcenverbrauchs dürfen nicht nachlassen.

Konsumverzicht und Preisexplosion

Die Folgen der Verarmungsinitiative sind für die Bevölkerung und die Unternehmen verheerend. Die Preise für Mieten, Lebensmittel und vor allem für Mobilität explodieren. Auch das Risiko von Konsumbeschränkungen, -kontingenten und -verboten, gerade im Ferien- und Freizeitbereich ist unausweichlich. Denn eine Reduktion um 67% innerhalb von 10 Jahren wird nicht linear über alle Konsumbereiche erfolgen können, schliesslich können wir beispielsweise nicht einfach 2/3 der Spitäler schliessen. Beamte kontrollieren den Lebensstil, erlassen Produktionsvorschriften, Reisebeschränkungen und Importverbote. Alle werden gezwungen, anders zu essen (Fleisch und tierische Produkte), anders zu wohnen (Heizen, Flächenverbrauch) und massiv weniger zu reisen.

Sozialpolitischer Bumerang

Die Umwelt-Initiative trifft die Ärmsten gleich dreifach und kommt damit einem sozialpolitischen Bumerang gleich. Erstens durch die explodierenden Preise für Heizung, Benzin und Grundnahrungsmittel. Zweitens durch die radikale Kürzung staatlicher Leistungen, weil dem Staat Steuereinnahmen fehlen und er in die Transformation der Infrastruktur investieren muss. Last but not least werden zahlreiche Menschen – insbesondere die guten Steuerzahler - auswandern, um dem ökologischen Korsett zu entgehen. Die Zeche zahlt der Mittelstand.

Wohlstandsniveaus eines Entwicklungslandes droht

Heute erfüllen nur Staaten wie Afghanistan, Haiti oder Madagaskar die Anforderungen der Verarmungsinitiative. Der Grund dafür liegt im tiefen Wohlstandsniveau und im bescheidenen Lebensstil, nicht in der effizienten Ressourcennutzung. Ihre Wirtschaftsleistung ist im Durchschnitt 150-mal kleiner als diejenige der Schweiz. Trotzdem ist der ökologische Fussabdruck pro Kopf in der Schweiz nur rund 5-mal grösser als in den oben genannten Ländern. Dies unterstreicht die beachtlichen Fortschritte im Umweltschutz und in der wirtschaftlichen Effizienz in der Schweiz.

Kontakt

Simone de Montmollin, Nationalrätin (FDP), 079 691 40 92

Communiqué

Bern, 16. Dezember 2024

Sperrfrist: 16.12.24, 10:00 Uhr

Sidney Kamerzin, Nationalrat (Die Mitte), 079 415 59 36

Nicolas Kolly, Nationalrat (SVP), 076 575 90 68

Babette Sigg Frank, Präsidentin Konsumentenforum kf, 076 373 83 18

Christian Wasserfallen, Präsident Infra Suisse, 078 648 39 71

Adrian Michel, Kampagnenleiter, 078 602 67 02